

Horst Kahrs

IfG

Horst.Kahrs@rosalux.org

Datenstand: 23.2.2020, 23:30

Die Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg am 23. Februar 2020

WAHLNACHBERICHT UND ERSTER KOMMENTAR

| vorläufiges amtl. Ergebnis der Listenstimmen-Auszählung | | | | |
|---|-------------------|-------|----------------|----|
| | Stimmenverteilung | | Sitzverteilung | |
| LINKE | 9,1% | 0,6% | 12 | 1 |
| SPD | 39,0% | -6,6% | 50 | -8 |
| GRÜNE | 24,2% | 11,9% | 31 | 16 |
| CDU | 11,2% | -4,7% | 15 | -5 |
| FDP | 5,0% | -2,4% | 6 | -3 |
| AfD | 5,3% | -0,8% | 7 | -1 |
| Übrige | 6,2% | 2,0% | | |

Alle Angaben zum aktuellen Wahlergebnis beruhen auf der Vorabauszählung zur Ermittlung der voraussichtlichen Fraktionsstärke und Sitzverteilung am Wahlabend/in der Wahlnacht. Ein vorläufiges Endergebnis wird wegen des komplexen Wahlsystems erst nach Fortsetzung der Auszählung im Laufe des Abends des 24.2.2020 erwartet.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Übersicht zum Wahlergebnis..... | 3 |
| Bewertung und erster Kommentar..... | 4 |
| Ausgewählte Aspekte des Wahlergebnisses..... | 6 |
| Wahlrecht und Wahlbeteiligung..... | 6 |
| Wahlrecht..... | 6 |
| Wahlbeteiligung..... | 6 |
| Die Wahlergebnisse in den 17 Wahlkreisen..... | 7 |
| Das Wahlergebnis in der Rückschau auf vorherige Wahlen..... | 8 |
| Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung..... | 8 |
| Ergebnisse vorheriger Wahlen..... | 8 |
| Zu einzelnen Parteien..... | 10 |
| Erkenntnisse aus Befragungen..... | 12 |
| Entwicklung der politischen Stimmung..... | 12 |
| Wandel im Wahlverhalten..... | 14 |
| Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht..... | 14 |
| Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen..... | 14 |
| Wahlentscheidenden Themen..... | 15 |
| Ansichten über Parteien..... | 16 |
| Wählerwanderungen (vorläufige Zahlen)..... | 18 |
| Anhang..... | 19 |

Übersicht zum Wahlergebnis

| Bürgerschaftswahlen in Hamburg 2011, 2015, 2020 im Vergleich | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 20.02.11 | 15.02.15 | 23.02.20 | 2015-2020 |
| Wahlberechtigte | 1.254.638 | 1.299.411 | 1.316.332 | 1,3% |
| Wähler | 718.876 | 734.142 | 833.263 | 13,5% |
| Beteiligung | 57,3% | 56,5% | 63,3% | |
| Gültige Stimmen | 3.444.602 | 3.530.097 | 3.982.849 | 12,8% |
| DIE LINKE | 220.428 | 300.567 | 364.102 | 21,1% |
| SPD | 1.667.804 | 1.611.274 | 1.554.760 | -3,5% |
| GRÜNE | 384.502 | 432.713 | 963.796 | 122,7% |
| CDU | 753.805 | 561.377 | 445.631 | -20,6% |
| FDP | 229.428 | 262.157 | 199.263 | -24,0% |
| AfD | | 214.833 | 211.327 | -1,6% |
| Anteil an den gültigen Stimmen | | | | |
| DIE LINKE | 6,4% | 8,5% | 9,1% | 0,6% |
| SPD | 48,4% | 45,6% | 39,0% | -6,6% |
| GRÜNE | 11,2% | 12,3% | 24,2% | 11,9% |
| CDU | 21,9% | 15,9% | 11,2% | -4,7% |
| FDP | 6,7% | 7,4% | 5,0% | -2,4% |
| AfD | | 6,1% | 5,3% | -0,8% |
| Anteil der Stimmen an Wahlberechtigten (Näherung) | | | | |
| DIE LINKE | 3,5% | 4,6% | 5,5% | 0,9% |
| SPD | 26,6% | 24,8% | 23,6% | -1,2% |
| GRÜNE | 6,1% | 6,7% | 14,6% | 8,0% |
| CDU | 12,0% | 8,6% | 6,8% | -1,9% |
| FDP | 3,7% | 4,0% | 3,0% | -1,0% |
| AfD | | 3,3% | 3,2% | -0,1% |

Lesebeispiel: Die CDU verlor 2020 20,6% ihrer Stimmen von 2015. Damit erreichte sie nur noch 11,2% der gültigen Stimmen. Nur noch knapp 7% (6,8%) der Wahlberechtigten gaben der CDU ihre Stimme – fast eine Halbierung gegenüber 2011.

Bewertung und erster Kommentar

Die Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg gewann durch die politischen Ereignisse in Thüringen, das Agieren der Bundesparteien und die politischen Richtungsdebatten in der Union eine unvorhergesehene bundespolitische Aufwertung. Allerdings spricht wenig dafür, dass die bundespolitischen Ereignisse für die Wahlentscheidung der Hamburgerinnen und Hamburger eine besondere Rolle gespielt hätten. Das Hamburger Ergebnis kann schwerlich als wahlpolitische Reaktion auf das demokratiepolitische Desaster in Thüringen gewertet werden.

Die **Wahlbeteiligung** stieg von 56,5% auf 63,3%. Dieser Anstieg entspricht dem Anstieg bei anderen Landtagswahlen seit 2016. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitierten vor allem die Grünen, während CDU, FDP und AfD nur unterdurchschnittlich Nichtwähler-Stimmen gewinnen konnten. An der sozialen Schieflage der Wahlbeteiligung – gemessen etwa am Anteil von Grundsicherungs-Beziehenden unter den Wahlberechtigten – hat sich gegenüber der Vorwahl wesentlich nichts geändert.

Das Wahlergebnis ist eine Aufforderung zur Fortsetzung der **rotgrünen Zusammenarbeit**. In der Summe geht die Koalition gestärkt aus den Wahlen hervor, auch wenn sich die Gewichte deutlich zu Gunsten der Grünen verschoben haben. Zwar könnte die SPD nach Lage der Zahlen am Wahlabend auch mit der CDU oder der Linkspartei eine Mehrheit im Senat herstellen, doch stände dies im Widerspruch zum Wählervotum für die Grünen.

Die Hamburger **Sozialdemokraten** haben deutliche Verluste hinnehmen müssen. Aber sie bleiben mit großem Abstand die stärkste Partei. Es ist Bürgermeister Tschentscher gelungen, das Erbe von Olaf Scholz, der die SPD 2011 wieder in den Status der „Hamburg-Partei“ gehievt hatte, zu erhalten, wozu auch seine Persönlichkeitswerte beitragen. Die erhoffte bundespolitische Wirkung für die SPD dürfte von dem Wahlergebnis allerdings nicht ausgehen: Wie bei vielen der jüngsten Landtagswahlen spielen regionale Faktoren und Konstellationen und Persönlichkeiten eine herausragende Rolle. Die SPD führte zudem in Hamburg einen Wahlkampf als „Hamburger Sozialdemokraten“, ließ die Parteivorsitzenden demonstrativ außen vor. Während die Hamburger wissen, wofür „ihre SPD“ steht, wissen sie nicht, wofür die Bundes-SPD steht. Die SPD ist eine bescheidene Gewinnerin: Sie verliert 6,5%, so viel wie keine andere Partei, bleibt aber stärkste Partei und kann sich als Gewinnerin eigentlich nur fühlen, weil das Ergebnis deutlich besser ausfällt als die politische Stimmungslage zum Jahresende 2019 und die letzten Wahlergebnisse.

Die **Grünen** sind die eindeutigen Gewinner des Wahltages. Sie verdoppeln ihr Vorwahlergebnis und bestätigen ihren wahlpolitischen Aufschwung. Sie gewinnen Stimmen von allen Parteien, am stärksten von der SPD, aber auch von CDU und FDP, in kleinerem Maße auch von der Linkspartei. Ihr zweisechzigjähriges Wahlziel, die Erste Bürgermeisterin zu stellen, verfehlten sie indes weit. Die Grünen legen auch in Bevölkerungsgruppen deutlich zu, in denen sie bisher schwach waren: unter Arbeitern (von 5% auf 16% laut FGW) und unter Wählern mit niedriger oder mittlerer Bildung. Grüne Themen und Haltungen ziehen auch hier.

Schließlich zählt auch **DIE LINKE** zu den Gewinnern des Wahlabends. Sie kann ihren Stimmenanteil leicht steigern und gewinnt ein paar Tausend Wähler von der SPD neben Nichtwählern hinzu. Die Hamburger Linke bewegt sich im linksdemokratischen Milieu der Stadt: Wähleraustausch mit CDU, FDP oder AfD wurde von Infratest dimap nicht gemessen. Auch bleibt ihr Wählerprofil relativ konstant: Überdurchschnittliche Zustimmung bei Wählern unter 40 Jahren und in Bezirken mit höherem Anteil an Grundsicherungs-Beziehern. Die höhere Wahlbeteiligung hat, anders als bei früheren Wahlen, der Partei nicht geschadet. Die Linke wollte sich um Wahlkampf nicht als Partei, die in die Regierung will, profilieren, sondern als linke Opposition zu der wahrscheinlichen Fortsetzung der rotgrünen Regierungsarbeit. Diese strategische Orientierung war erfolgreich, auch wenn das ursprüngliche zweistellige Ziel (wieder) nicht erreicht wurde.

Die **Christdemokraten** verlieren nochmals fast fünf Prozentpunkte, erreichen ein Rekordtief und liegen nur noch zwei Punkte vor der Linkspartei. In sechs von 17 Wahlkreisen liegt die Union mit einstelligen Ergebnissen - zum Teil deutlich - hinter der Linkspartei. Unter Abiturienten und Hochschulabsolventen, in der Gruppe der „höheren Bildung“ liegen sie gleichauf oder sogar knapp hinter der Linkspartei, ebenso bei Arbeitern (FGW, 21:30), bei berufstätigen Arbeiter mit 8% zu 11% sogar deutlich (Infratest). Besonders dramatisch aus Sicht der CDU: bei den unter 25jährigen erhält sie nur 6% der Stimmen, die Linkspartei aber zum Beispiel 14% (Infratest). Dieses Ergebnis in einer westdeutschen Großstadt ist für eine ehemalige Volkspartei desaströs. Es liegt im Trend der Wahlergebnisse von 2011 und 2015 und der generellen Probleme der CDU, unter den jüngeren Bevölkerungsschichten in größeren Städten Fuß zu fassen. Zudem fehlte es ihrem Spitzenkandidaten Weinberg in Hamburg an persönlicher Ausstrahlung. Einen gewissen Anteil am Hamburger Debakel dürfte auch die Bundespartei haben, deren politische Orientierungslosigkeit im Agieren der Bundespartei gegenüber dem Thüringer Landesverband seit dem Tag nach der Wahl in Erfurt auf offener Bühne aufgeführt wurde. Die CDU erscheint derzeit als ideologisch verbiesterte, zu politischem Handeln unfähig und führungslose Partei. Dieser bundespolitische Erscheinungsbild blies keinen frischen Wind in die erlahmten Hamburger CDU-Segel. Die CDU konnte in Hamburg nicht deutlich machen, was sie mit der Stadt vorhat und es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie im Rahmen der innerparteilichen Richtungskämpfe für die Nach-Merkel-Zeit diese Frage auch nicht für das Land beantworten können. Die Vorgänge in und um Thüringen haben gezeigt, wie schnell aus einem vermeintlichen Stabilitätsfaktor ein Motor politischer Unsicherheit werden kann.

Die **AfD** schafft knapp mit 5,3% den Wiedereinzug in die Bürgerschaft. Alle Freude über die Prognosen und ersten Hochrechnungen, nach denen die Partei nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten sein sollte, erwiesen sich als vorschnell. Zwar verliert sie 0,8%punkte, aber behauptet sich im rechten und rechtsradikalen Milieu der Stadt. Die Befragungen der AfD-Wähler zeichnen ein hohes Maß an politischer Übereinstimmung, auch wenn dies vielleicht nur eine „gefühlte“ bzw. projizierte Übereinstimmung ist.

Auch die **FDP** schafft mit 5,0% denkbar knapp den Wiedereinzug in die Bürgerschaft. Damit bleiben ihr womöglich noch größere innerparteiliche Auseinandersetzungen über den zukünftigen Kurs und die politische Führungskraft von Christian Lindner erspart. Dieser kommt aus der Affäre Kemmerich/Lindner vorerst mit zwei blauen Augen davon.

Der SPD stehen (rechnerisch) eine Reihe von **Koalitionsbildungen** offen: SPD und Grüne kommen zusammen auf 81 von 121 Sitzen; SPD und CDU auf 65 Sitze; SPD und LINKE auf 62 Sitze. Eine Regierungsbildung innerhalb des demokratischen Lagers gegen die SPD, eine „Jamaika“-Koalition, ist nicht möglich (52 Sitze).

Ausgewählte Aspekte des Wahlergebnisses

Wahlrecht und Wahlbeteiligung

Wahlrecht

Die Bürgerschaft setzt sich aus 71 in den Wahlkreisen vergebenen Mandaten und 50 über Landeslisten vergebenen Mandaten zusammen. Per Bürgerentscheid wurde das Wahlrecht zur Bürgerschaftswahl 2011 geändert. Erstmals hatte jeder und jede Wahlberechtigte 10 Stimmen, davon fünf Wahlkreisstimmen und fünf Landesstimmen. Die Wahlkreisstimmen können auf einen Kandidaten kumuliert oder auf verschiedene verteilt werden. Die Landesstimmen können für eine Partei insgesamt abgegeben werden oder aber für einzelne Listen-Kandidaten. Dadurch ist es möglich, die Reihenfolge der Kandidaten zu verändern. Hinter der Wahlrechtsreform stand die Absicht, den Wählern größeren Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Bürgerschaft zu verschaffen, also z.B. Votes bei der Listenaufstellung der Parteien zu korrigieren, aber auch differenzierte Gewichtungen zwischen bevorzugten Parteien vorzunehmen.

Die Absicht, mit der Wahlrechtsreform auch eine höhere Beteiligung an Wahlen zu erreichen, konnte nicht erreicht werden. Auch änderte sich an der sozialen Spaltung in der Wahlbeteiligung nichts. So lag sie 2015 in Wahlkreisen mit einer niedrigen Quote an HartzIV-Beziehenden 66,5%, in Kreisen mit einer mittleren Quote im Durchschnitt bei 55,6% und in den Wahlkreisen mit einer hohen Quote an HartzIV-Beziehenden nur bei 48,1%.

Aktuelle Wahltagsbefragungen ermittelten, dass 81% ihre Stimmen auf eine Parteiliste bündelten und nur 19% von den differenzierten Wahlmöglichkeiten Gebrauch machten (Infratest dimap).

Wahlbeteiligung

Bei der Bürgerschaftswahl waren 1,357 Mio. Hamburgerinnen und Hamburger im Alter ab 16 Jahren wahlberechtigt (Stand: 20.2.2020). Davon lebten im Bezirk Wandsbek 24,2%, in Hamburg-Nord 17,7%, in Hamburg-Mitte, Altona und Eimsbüttel jeweils um 14%. Von den sieben Bezirken haben Harburg (8,1%) und Bergedorf (7,0%) die wenigsten Wahlberechtigten. 2,1% der Wahlberechtigten waren 16-17 Jahre alt, den höchsten Anteil junger Wahlberechtigter hat der Bezirk Bergedorf (2,5%). 70 Jahre und älter waren 18,2% der Wahlberechtigten, hier hat der Bezirks Wandsbek mit 22,1% seiner Wahlberechtigten den größten Anteil älterer Wahlberechtigter (vgl. Anhang Abbildung 1).

Die Wahlbeteiligung unterscheidet sich in den Altersgruppen stark. Traditionell nehmen jüngere Wahlberechtigte (bis 35-40 Jahre) unterdurchschnittlich an Wahlen teil und ältere deutlich überdurchschnittlich. Bei den über 70jährigen Frauen sinkt die Wahlbeteiligung wieder stark, weil es mehr sehr alte und/oder pflegebedürftige Frauen als Männer gibt. Insgesamt stellen die Älteren also mehr Wahlberechtigte und üben durch die höhere Beteiligung einen noch größeren Einfluss auf das Wahlergebnis aus (vgl. Anhang Abbildung 2).

Die Wahlbeteiligung lag mit 63,3% um 6,8% höher als 2015. Die Spreizung in der Wahlbeteiligung vergrößerte sich dabei sogar noch leicht. Die niedrigste Beteiligung gab es im Wahlkreis 02 Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder mit 47,3%, die höchste im Wahlkreis 05 Rothenbaum-Harvestehude-Eimsbüttel -Ost mit 75,0%.

Die Wahlergebnisse in den 17 Wahlkreisen

Übersicht Wahlkreisergebnisse

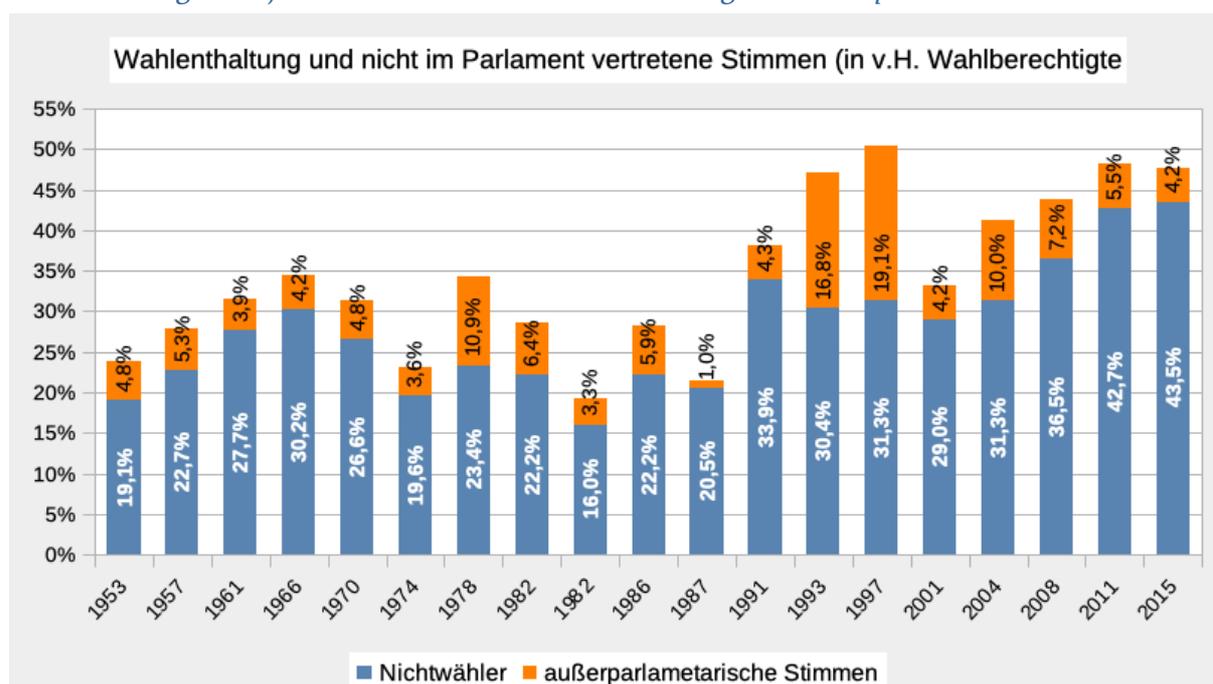
| Ergebnisse in den Wahlkreisen | | | | | | | |
|---|-------|-------|-------|-------|------|------|--------|
| | LINKE | SPD | GRÜNE | CDU | FDP | AfD | Übrige |
| 01 Hamburg-Mitte | 14,9% | 32,1% | 28,6% | 7,1% | 3,9% | 5,0% | 8,4% |
| 02 Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder | 12,1% | 46,7% | 15,4% | 8,4% | 2,9% | 8,1% | 6,4% |
| 03 Altona | 18,2% | 27,4% | 34,6% | 6,3% | 3,9% | 2,3% | 7,3% |
| 04 Blankenese | 6,1% | 40,8% | 20,8% | 14,7% | 7,9% | 4,9% | 4,8% |
| 05 Rothenbaum-Harve- tehode-Eimsbüttel-Ost | 11,3% | 30,7% | 34,4% | 9,1% | 6,3% | 2,4% | 5,8% |
| 06 Stellingen-Eimsbüttel- West | 10,8% | 37,3% | 29,0% | 8,9% | 3,3% | 4,5% | 6,2% |
| 07 Lokstedt-Niendorf- Schnelsen | 6,2% | 44,2% | 22,5% | 12,5% | 4,9% | 4,9% | 4,8% |
| 08 Eppendorf-Winterhu- de | 7,7% | 34,0% | 31,7% | 11,5% | 6,9% | 2,6% | 5,6% |
| 09 Barmbek-Uhlenhorst- Dulsberg | 10,0% | 35,2% | 29,7% | 8,7% | 4,7% | 4,0% | 7,7% |
| 10 Fuhlsbüttel-Alsterdorf- Langenhorn | 7,3% | 42,0% | 23,4% | 10,9% | 4,8% | 5,3% | 6,3% |
| 11 Wandsbek | 7,4% | 41,7% | 21,9% | 11,1% | 4,8% | 6,5% | 6,6% |
| 12 Bramfeld-Farmsen- Berne | 7,4% | 47,8% | 16,4% | 11,0% | 3,6% | 7,7% | 6,1% |
| 13 Alstertal-Walddörfer | 4,2% | 42,4% | 20,5% | 17,3% | 7,4% | 4,7% | 3,5% |
| 14 Rahlstedt | 5,5% | 46,5% | 17,5% | 12,5% | 4,7% | 7,9% | 5,4% |
| 15 Bergedorf | 7,3% | 41,9% | 16,9% | 15,2% | 4,1% | 7,9% | 6,7% |
| 16 Harburg | 9,5% | 40,4% | 20,4% | 11,0% | 3,7% | 7,9% | 7,1% |
| 17 Süderelbe | 6,7% | 43,6% | 16,6% | 13,6% | 4,7% | 9,0% | 5,8% |

Das Wahlergebnis in der Rückschau auf vorherige Wahlen

Wahlbeteiligung und Wahlenthaltung

Bei der Bürgerschaftswahl 1991 sprang die Wahlenthaltung um mehr als 13 Prozentpunkte auf den bis dahin höchsten Stand von 33,9% der Wahlberechtigten. Weitere 4,3% der Wahlberechtigten hatten zwar einen Stimmzettel abgegeben, waren aber nicht in der Bürgerschaft vertreten, weil der Stimmzettel entweder ungültig war oder die Partei ihrer Wahl an der Sperrklausel gescheitert war. Bei den folgenden Wahlen waren es sogar mehr als ein Sechstel der Wahlberechtigten, die sich beteiligten, dann aber nicht im Parlament vertreten waren. 2020 waren insgesamt „nur“ 42,2% der Wahlberechtigten nicht im Parlament vertreten, darunter 5,5% Wahlteilnehmerinnen.

Wahlen zur Bürgerschaft 1953-2015: Anteil der Wahlberechtigten ohne Repräsentation



Generell waren die Jahre 1982 bis 1993 Jahre großer landespolitischer Unruhe bzw. Instabilität. In den elf Jahren fanden sechs Bürgerschaftswahlen statt. In vorzeitigen Wahlen endete 2004 die Zusammenarbeit von CDU und FDP mit der Schill-Partei sowie 2011 die Zusammenarbeit der CDU mit den Grünen nach dem Rücktritt von Ole van Beust.

Ergebnisse vorheriger Wahlen

Bei der ersten Bürgerschaftswahl nach Kriegsende erreichte die SPD mit 43,1% der Stimmen aufgrund der Besonderheiten des Wahlrechts 83 von 110 Sitzen in der Bürgerschaft. Mit neuem Wahlrecht waren es im Oktober 1949 erneut 42,8% der gültigen Stimmen und mit 65 von 120 Mandaten immer noch die absolute Mehrheit der Sitze. Bereits bei dieser Wahl hatten sich CDU, FDP und Deutsche Konservative Partei zum »Vaterstädtischen Bund Hamburg« (VBH) zusammengeschlossen, um die rote Mehrheit zu brechen. Der VBH erreichte 34,5%, die Deutsche Partei 13,3%. Vier Jahre später war ein Bündnis von CDU, FDP und DP mit 50% der Stimmen und 62 Sitzen tatsächlich stärker als die SPD (45,2%, 58 Mandate). Das bürgerliche antisozialistische Bündnis zerbrach indes infolge der bundespolitischen Sammlung der bürgerlich-antisozialistischen Parteien in der CDU bis 1957 wieder. Die SPD erreicht mit knapp 54% sogar die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen, nicht nur der Mandate. Bis zur Wahl im Dezember 1982 erreichte die SPD in der Folge mit der Ausnahme der Wahlen 1974 und im Juni 1982 immer über 50% der gültigen Stimmen. Lediglich noch bei

den Wahlen 1991 und 2011 näherte sie sich mit über 48% wieder dieser Marke. Von 1993 bis 2011 fiel die SPD unter die 40-Prozentlinie. Teilweise war dies mit Erfolgen der Grün-Alternativen Liste verknüpft, nur im Jahr 2004 auch mit einem Erfolg der CDU.

Ergebnisse der Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg 1991-2015

| Ergebnisse der Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft 1991-2015 | | | | | | | | |
|---|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| | 02.06.91 | 19.09.93 | 21.09.97 | 23.09.01 | 29.02.04 | 24.02.08 | 20.02.11 | 15.02.15 |
| PDS/LINKE | 0,5% | 0,5% | 0,7% | 0,4% | | 6,4% | 6,4% | 8,5% |
| SPD | 48,0% | 40,4% | 36,2% | 36,5% | 30,5% | 34,1% | 48,4% | 45,6% |
| GAL/Grüne | 7,2% | 13,5% | 13,9% | 8,6% | 12,3% | 9,6% | 11,2% | 12,3% |
| CDU | 35,1% | 25,1% | 30,7% | 26,2% | 47,2% | 42,6% | 21,9% | 15,9% |
| FDP | 5,4% | 4,2% | 3,5% | 5,1% | 2,8% | 4,8% | 6,7% | 7,4% |
| AfD | | | | | | | | 6,1% |
| NPD / DVU | | 2,8% | 5,0% | 0,7% | 0,3% | 0,8% | 0,9% | 0,3% |
| REP | 1,2% | 4,8% | 1,8% | 0,1% | | | | |
| STATT | | 5,6% | 3,8% | 0,4% | | | | |
| Schill | | | | 19,4% | 3,5% | | | |
| Regenbogen | | | | 1,7% | 1,1% | | | |
| PIRATEN | | | | | | 0,2% | 0,7% | 1,6% |
| Sonstige | 2,6% | 3,1% | 4,4% | 1,0% | 2,2% | 1,4% | 3,9% | 2,3% |

Der schwindende Rückhalt für die SPD in den 1990er Jahren führte nicht zu einer Stärkung der CDU. Gleichwohl wurde mit Ole van Beust 2001 der CDU-Spitzenkandidat trotz eines relativ schlechten Wahlergebnisses zum Ersten Bürgermeister gewählt. Möglich wurde dies, weil sich die Parteienlandschaft in den 1990er Jahren stadtpolitisch ausdifferenziert hatte. 1993 bereits erzielten nicht nur NDP/DVU und Republikaner bemerkenswerte Ergebnisse. Mit der STATT-Partei zog erstmals eine im rechten lokalen Spektrum verankerte Partei ins Parlament. Bei der kommenden Wahl scheiterte sie, so dass nur von SPD, Grünen und CDU in der Bürgerschaft vertreten waren. 2001 zog dann die vom Richter Ronald Schill geführte »Schill-Partei« nahezu alle Stimmen dieses rechten Spektrums auf sich, aber auch Stimmen von SPD und Grünen.

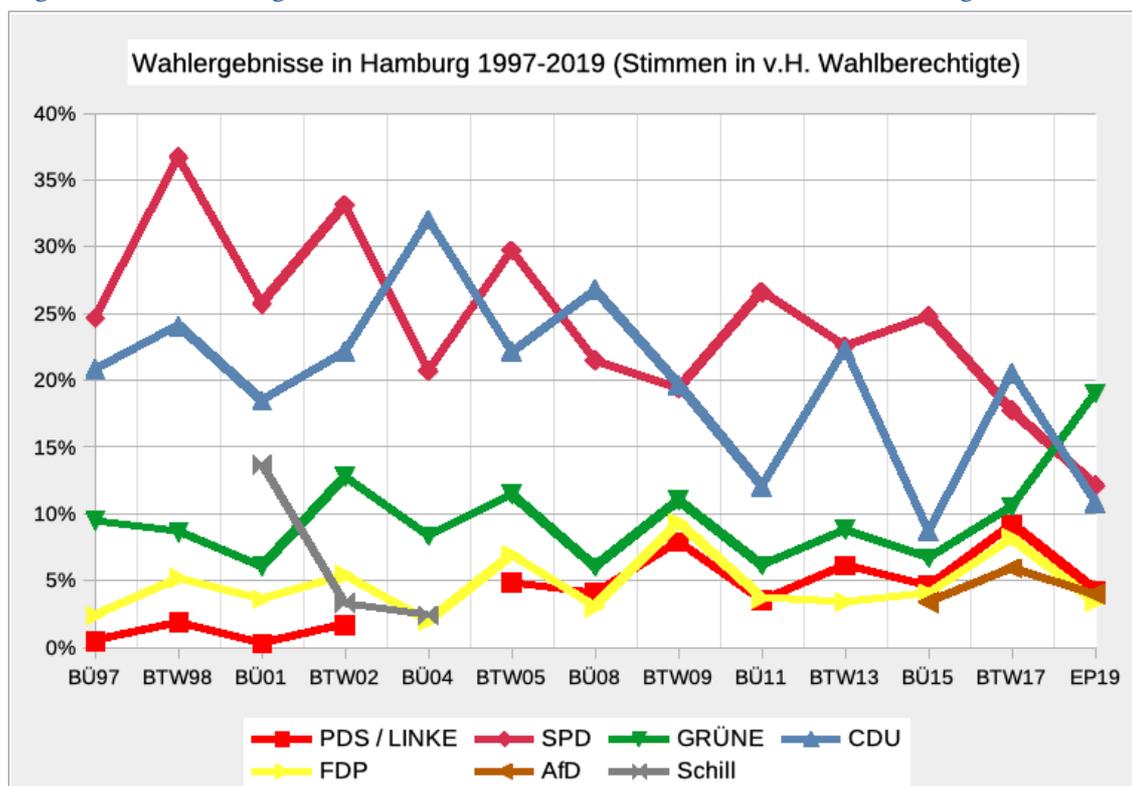
Die CDU ging eine Koalition mit der FDP und der Schill-Partei ein, die vorzeitig an Schill zerbrach. Bei den beiden folgenden Wahlen erreichte die CDU bis dahin nicht gekannte Wahlerfolge im ehemals roten Hamburg. Die Schill-Partei zerfiel, die FDP wurde für ihre Zusammenarbeit mit dieser im bürgerlichen Sinne »unanständigen« Partei mit Parlamentsverbot bestraft. Die CDU 2004 erzielte mit 63 Sitzen die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft, 2008 koalierte sie mit den Grünen. Der CDU-Wahlerfolg war eng mit der Person Ole van Beust verbunden. Nach seinem Rücktritt fiel die CDU 2011 auf ein historisches Tief von 21,9%, welches sie 2015 mit 15,9% nochmals unterbot. Gleichzeitig eroberte Olaf Scholz 2011 erstmals wieder mit 62 von 121 Sitzen die absolute Mehrheit für die SPD in der Bürgerschaft. 2015 verpasste die SPD die absolute Mehrheit wieder und ging eine Koalition mit den Grünen ein. Eine Mehrheit hätte die SPD mit jeder anderen Fraktion, auch mit der Linkspartei, gehabt.

Insgesamt gilt für die Wahl zur Bürgerschaft seit Beginn der 1990er Jahre: Feste Stammwählerschaften und Wählermilieus haben sich mehr und mehr aufgelöst, die Hamburger Wählerinnen und Wähler zeigen sich seit den frühen 1990er Jahren sehr wechselbereit und personenorientiert in ihren Wahlentscheidungen. Mit Ole van Beust und Olaf Scholz prägten im neuen Jahrhundert zwei Personen die Hamburger Politik, die als wirtschaftsfreundlich und weltoffen, geprägt von einer liberalen Lebenseinstellung, wahrgenommen wurden.

Zu einzelnen Parteien

Im Vergleich von Bürgerschaftswahlen und Bundestagswahlen wechselte mit den starken Bürgermeister-Persönlichkeiten bei SPD und CDU das Verhältnis von Bundestagsergebnis zu Bürgerschaftsergebnis. Für die SPD galt ab Mitte der 1990er Jahre bis zum Wahlantritt von Olaf Scholz 2011, dass sie bei Bundestagswahlen mehr Stimmen für sich gewinnen konnte als bei Bürgerschaftswahlen. Ab 2011 gewinnt sie bei den Bürgerschaftswahlen absolut trotz deutlich niedriger Wahlbeteiligung mehr Stimmen als bei Bundestagswahlen.

Wahlergebnisse in Hamburg 1997-2019: Stimmen im Verhältnis zu den Wahlberechtigten

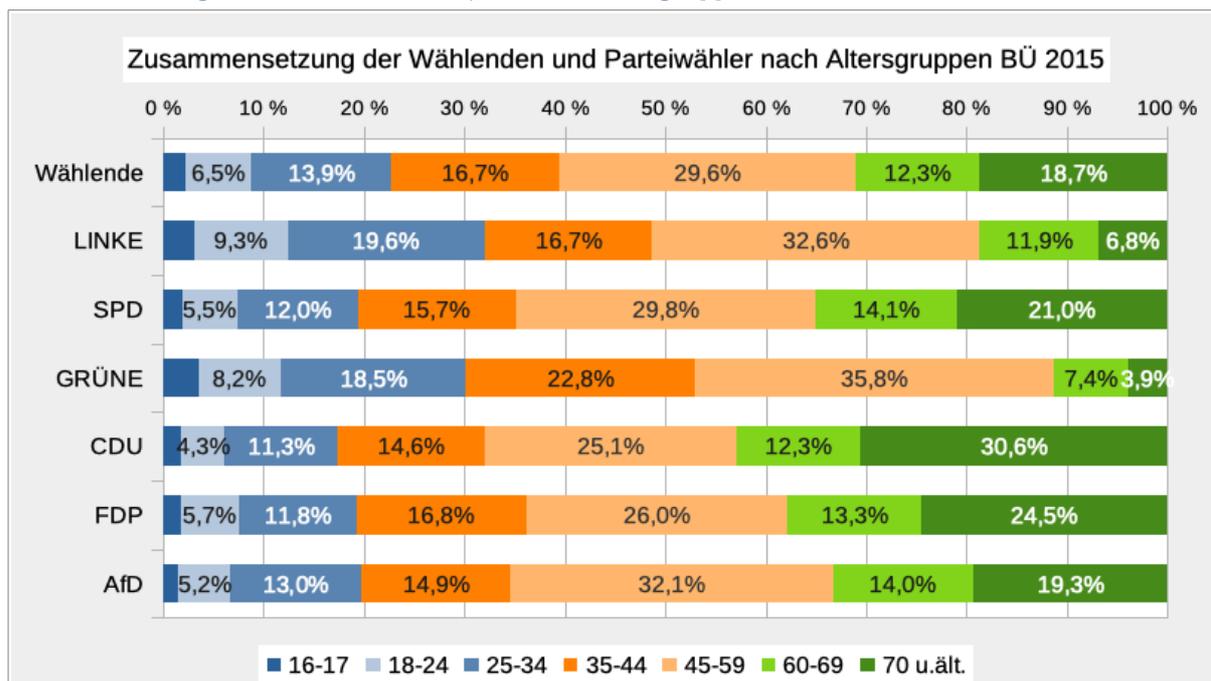


Für die CDU gilt dies ebenfalls: Die Ole-van-Beust-CDU gewann 2004 und 2008 deutlich mehr Stimmen als bei den jeweils ein Jahr später folgenden Bundestagswahlen. Für alle anderen Parteien (bis auf die Schill-Partei) gilt, dass sie ihr Stimmenpotential, welches sie bei einer Bundestagswahl mobilisieren, bei Bürgerschaftswahlen nie ausschöpfen konnten. Sie verfügten bei keiner Wahl über einen spezifischen landespolitischen Vorteil, sei es ein Konstellations- oder Persönlichkeitsbonus, der ihnen für Hamburg eine größere Bedeutung verliehen hätte als aus Sicht der Hamburger Wähler für die Bundespolitik.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament zeichnete sich ein möglicher krasser Umbruch in den Stimmenpotentialen ab: Die Grünen wurden jetzt von 19% *der Wahlberechtigten* gewählt und ließen SPD (12%) und CDU (11%) deutlich hinter sich. Die Grünen waren die einzige Partei, die gegenüber der Bundestagswahl bei der Europawahl gegen die übliche Erwartung, dass bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung die absolute Stimmenzahl für alle Parteien zurückgeht, deutlich Stimmen hinzugewinnen konnten.

Bei der Bürgerschaftswahl 2015 hatte die CDU den höchsten Anteil von älteren Wählerinnen und Wähler. Rund 42% ihrer Stimmen kam von über 60jährigen Wahlberechtigten, die nur 31% der Wählenden stellten. DIE LINKE hatte den höchsten Anteil von unter 35jährigen in ihrer Wählerschaft, die Grünen den geringsten Anteil von über 60jährigen (11%). Beide Parteien besaßen insgesamt eine unterdurchschnittliche junge Wählerschaft.

Zusammensetzung der Parteiwählerschaften nach Altersgruppen 2015



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Repräsentative Wahlstatistik 2015

Von den über 70jährigen votierten nur 2,6% für die Grünen, aber überdurchschnittliche 25,1% für die CDU und 52,9% für die SPD. Auch bei den 60-69jährigen blieben die Grünen mit 7,5% deutlich unter ihrem Gesamtergebnis.

Stimmenanteile der Parteien in Altersgruppen 2015

| Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien, Bürgerschaftswahl 2015 | | | | | | | | |
|---|-------------|-------|-------|-------|-------|------|------|--------|
| Alter/Jahre | Beteiligung | LINKE | SPD | GRÜNE | CDU | FDP | AfD | Übrige |
| 16-17 | 52,1% | 11,6% | 39,8% | 19,1% | 12,3% | 5,4% | 4,1% | 7,6% |
| 18-24 | 42,3% | 12,2% | 40,2% | 15,8% | 10,1% | 6,0% | 5,0% | 10,8% |
| 25-34 | 47,3% | 11,9% | 40,3% | 16,5% | 12,4% | 5,7% | 5,7% | 7,5% |
| 35-44 | 57,7% | 8,5% | 43,8% | 16,9% | 13,2% | 6,7% | 5,5% | 5,4% |
| 45-59 | 62,9% | 9,3% | 47,2% | 15,0% | 12,9% | 5,9% | 6,6% | 2,9% |
| 60-69 | 66,4% | 8,2% | 53,4% | 7,5% | 15,3% | 7,3% | 6,9% | 1,4% |
| 70 u.ält. | 62,3% | 3,1% | 52,9% | 2,6% | 25,1% | 8,9% | 6,4% | 1,0% |
| insgesamt | 57,7% | 8,5% | 46,9% | 12,4% | 15,3% | 6,7% | 6,1% | 4,0% |

Quelle: Repräsentative Wahlstatistik

Methodische Bemerkung: Die Ergebnisse der amtlichen Repräsentativen Wahlstatistik und die Ergebnisse der Nachwahlbefragungen von Infratest dimap zum Wahlverhalten nach Altersgruppen und Geschlecht stimmen in einem hohen Maße überein (siehe Tabelle im Anhang)

Erkenntnisse aus Befragungen

Die Hamburger Wahl fand in einem sehr positiven wirtschaftlichen Stimmungsklima statt. Laut Infratest schätzten 86% der Befragten die wirtschaftliche Lage in Hamburg als „sehr gut“ oder „gut“ ein, nur 12% als „weniger gut“ oder „schlecht“. Bundesweit hatten 69% ein positives Bild und 30% ein negatives Bild von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Sogar 88% der befragte Hamburger und Hamburgerinnen bezeichneten ihre persönliche wirtschaftliche Lage als „gut“ oder „sehr gut“.

Gleichwohl fanden gut zehn Tage vor der Wahl nur 51% der Befragten, dass Hamburg in der Sozialpolitik besser dastehe als andere deutsche Großstädte (schlechter: 35%). In der Wohnungspolitik lag das Verhältnis von „besser“ zu „schlechter“ bereits bei 38% zu 53%, in der Schulpolitik bei 30% zu 56% und in der Verkehrspolitik bei 22% zu 67%. In wichtigen Bereichen des alltäglichen städtischen Lebens sahen die Hamburger ihre Stadt im Vergleich zu anderen Städten im Hintertreffen. In vielen Bereichen liegt etwas im Argen, könnte es besser sein, gleichzeitig wird die allgemeine wirtschaftliche Lage als sehr positiv beurteilt. Diese auseinanderfallende, tendenziell gegensätzliche Beurteilung ist durchaus typisch für die Stimmungslage auch bei voraufgegangenen Wahlen in Deutschland.

65% der Befragten waren der Auffassung, dass Hamburg „gut“ auf die Zukunft vorbereitet sein, 29% „schlecht“. Gegenüber 2015 bedeutet dies eine Verschlechterung des Zukunftsvertrauens (2015: 74% zu 20%) (FGW).

Verkehrspolitik und Wohnungspolitik zählten parteiübergreifend und aus Sicht der interessierten Bürger und Bürgerinnen zu den wichtigsten Themen im Wahlkampf und der Hamburger Politik. Laut Infratest dimap, HamburgTrend vom Januar und Februar, konnte die SPD in Sachen Verkehrspolitik ihre Kompetenzwerte um 5 Punkte auf 31% steigern, während Grüne (-3%) und CDU (-5%) verloren. Auch bei der Parteikompetenz in Sachen bezahlbarer Wohnraum legte die SPD leicht zu und lag mit 43% klar vor allen anderen Parteien. Den zweiten Platz mit um 2 Punkte gewachsener Kompetenzzuweisung belegte mit 16% DIE LINKE, während die Grünen stark einbüßten (-4% auf 8%).

Bei einem der größeren Streitpunkte der Hamburger Politik in den letzten Monaten, dem Modellversuch einer autofreien Straße, dem Gerichtsentscheid dagegen und den Debatten dazu, dass Teile der Innenstadt autofrei werden sollten, sagten 63% der Befragten, dass sie es „gut“ fänden, wenn Teile der Innenstadt autofrei wären, 35% fänden das „nicht gut“. „Gut“ fänden das 90% der Anhänger der Grünen, 86% der Linken, 56% der SPD. Deutlich unterschiedliche Zustimmung gab es unter Befragten, die CDU (43%), FDP (27%) und AfD (24%) wählten.

„Wohnen kann man sich hier nicht mehr leisten“ – dieser Aussage stimmten 76% der Befragten zu (FGW).

Diese Ansicht, dieser Eindruck über die allgemeinen Lebensverhältnisse in der Stadt kontrastiert mit dem Urteil über die „persönliche wirtschaftliche Situation“ aller Parteianhänger. Die Wähler von FDP (94%), CDU, SPD und Grünen (90%) urteilen weit überwiegend so, und drei Viertel der Wähler von Linkspartei (76%) und AfD (74%) nennen die eigene wirtschaftliche Lage ebenfalls „gut“ (Infratest).

Entwicklung der politischen Stimmung

Knapp vierzehn Tage vor der Wahl wurden hohe Zufriedenheitswerte für die Regierungskoalition gemessen. Im HamburgTrend von Infratest dimap gaben 60% der Befragten an, mit der Arbeit des Senats „zufrieden“ zu sein und 7% waren „sehr zufrieden“. 88% der SPD-Anhänger waren „zufrieden/sehr zufrieden“ und 76% der Grünen-Anhänger. Auch Anhänger FDP (69%) und der CDU (56%) waren mehrheitlich zufrieden. Die Anhänger der Linken waren nur zu 45% zufrieden, die Anhänger der AfD hingegen waren zu 77% „weniger/gar nicht zufrieden“ mit der Arbeit des Senats.

Im Nachgang zum Ausgang der Europawahl in Hamburg – die Grünen wurden stärkste Partei – prognostizierten einige Institute bis Mitte Januar, dass es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Koalitionsparteien um das Amt des Ersten Bürgermeisters geben könnte (siehe Abbildung 3 im Anhang). Die grüne Spitzenkandidatin legte Fegebank ihren Wahlkampf entsprechend darauf an, Bürgermeister Tschentscher ablösen zu können. Tatsächlich bestimmten die Protagonisten der beiden Regierungsparteien die Kandidatenduelle. Während Tschentscher auch unter CDU-, FDP- und sogar AfD-Wählern relativ hohe Zustimmungswerte erzielte, gelang dies Fegebank nur unter Anhängern der Grünen und der Linkspartei. Sie war eher die „Milieu“-Kandidation, er der Kandidat einer wirtschaftsfreundlichen und pragmatisch abwägenden Stadtpolitik, so z.B. in der Verkehrspolitik und der Auseinandersetzung um Autos in der Innenstadt.

Spitzenkandidaten der anderen Parteien spielten für die Frage, wer Bürgermeister wird, zu keinem Zeitpunkt eine Rolle. Mit anderen Worten: Hamburg wird faktisch von einer Großen Koalition regiert. Aus der Opposition stand keine Persönlichkeit oder Konstellation zur Verfügung, die glaubwürdig eine Alternative zu Rot-grün oder Grün-rot darstellen wollte und konnte. Linkspartei und CDU spielten „auf Platz“, die FDP auf Wiedereinzug. Die CDU sendete zudem widersprüchliche Signale, mal wollte sie Juniorpartner der Grünen werden, zuletzt dann der SPD.

Je mehr sich die Befragten dann mit dem Heranrücken des Wahltages der Frage zuwandten, wer denn Hamburg tatsächlich regieren sollte, um so größer wurde der Vorsprung der SPD vor den Grünen.

Ergebnisse der jeweils letzten »Sonntagsfrage« vor dem Wahltag

| HH: Ergebnis der jeweils letzten »Sonntagsfrage« vor der Wahl | | | | | | | | |
|---|----------|-------|-------|-------|-------|------|------|--------|
| Institut | Datum | LINKE | SPD | GRÜNE | CDU | FDP | AfD | Übrige |
| FGW | 20.02.20 | 8,5% | 39% | 24% | 12% | 5% | 6% | 6% |
| Civey | 20.02.20 | 8,6% | 35,4% | 25,5% | 13,8% | 5,2% | 7,9% | 4,6% |
| Uni HH | 19.02.20 | 7% | 34% | 32% | 12% | 6% | 5% | 4% |
| INSA | 18.02.20 | 8% | 38% | 25% | 13% | 4,5% | 7% | 5% |
| FGW | 14.02.20 | 8% | 37% | 25% | 13% | 4,5% | 7% | 5,5% |
| Infratest | 13.02.20 | 8% | 38% | 23% | 14% | 5% | 6% | 6% |
| Trend R.HH | 10.02.20 | 10% | 33% | 24% | 14% | 7% | 7% | 5% |

Trend Research Hamburg

Entsprechend hoch waren die Bewertungen für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition: knapp vierzehn Tage vor der Wahl sprachen sich dafür 60% der Befragten aus, darunter auch die Hälfte der Linke-Anhänger, zwei von fünf FDP-Anhängern und jeder vierte CDU-Anhänger. Andere Konstellationen mit SPD-Beteiligung (rot-schwarz, rot-schwarz-gelb) erhielten deutlich geringere Bewertungen.

„Zukunft“, „Wachsen“ und „Chancen“ waren herausstechende Signalworte im Wahlkampf von SPD, Grünen, CDU und FDP. Die Titel der Wahlprogramme lauteten: „Zukunftsstadt Hamburg – Lebenswert, wirtschaftsstarke und klimafreundlich für alle“, „Hamburg hat eine Wahl. Grünes Zukunftsprogramm für unsere Stadt“, „Unser Hamburg: Wir wachsen zusammen“ und Hamburg – Stadt der Chancen“. Kandidat Tschentscher hatte „die ganze Stadt im Blick“, Kandidatin Fegebank plakatieren, sie sei „erste Frau“, „erste Grüne“ und „erste Wahl“, Spitzenkandidat Weinberg (CDU) forderte „Politik für die, die den Laden am Laufen halten“.

DIE LINKE hob sich ab mit der Frage „Wem gehört die Stadt?“ und der Aufforderung an die Wähler: Das solidarische Hamburg von morgen erkämpfen!“ Das zentrale Motto wurde aus dem erfolgreichen Berliner Wahlkampf 2016 übernommen (re-importhiert) in der Annahme, dass auch mehr und mehr Hamburger das Gefühl hätten, ihnen entgleite ihre Stadt, daher: „Eine Stadt für alle“. Im Wahlkampfsprint setzte die Partei auch auf klassische linke Themen: »Waffenexporte verbieten«.

Die AfD verzichtete auf ein Motto für ihre Wahlprogramm und setzte auf die Themen, mit denen sie bundesweit reüssiert: dass man seine Meinung nicht mehr frei äußern könne, gegen die Klimapolitik („endlich Freitags wieder Schule“).

Wandel im Wahlverhalten

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

| Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter | | | | | | | | | | | | |
|---|-------|------|-------|------|-------|------|-------|------|------|------|------|------|
| | LINKE | | SPD | | Grüne | | CDU | | FDP | | AfD | |
| | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 |
| Ergebnis | 8,5% | 9% | 45,6% | 39% | 12,3% | 24% | 15,9% | 11% | 7,4% | 5% | 6,1% | 5% |
| Infratest dimap | | | | | | | | | | | | |
| Alter / Jahre | | | | | | | | | | | | |
| 16/18-24 | 12% | 14% | 37% | 25% | 15% | 33% | 13% | 6% | 6% | 6% | 6% | 3% |
| 25-34 | 11% | 13% | 39% | 26% | 18% | 34% | 13% | 8% | 6% | 4% | 6% | 4% |
| 35-44 | 9% | 9% | 43% | 31% | 15% | 31% | 14% | 10% | 8% | 4% | 6% | 6% |
| 45-59 | 9% | 8% | 47% | 39% | 14% | 25% | 14% | 11% | 7% | 5% | 6% | 6% |
| 60 u.m. | 5% | 6% | 43% | 55% | 5% | 12% | 21% | 15% | 9% | 5% | 6% | 5% |
| Frauen | 8% | 9% | 47% | 37% | 14% | 27% | 17% | 11% | 6% | 4% | 5% | 7% |
| Männer | 9% | 9% | 45% | 40% | 11% | 22% | 15% | 12% | 9% | 6% | 7% | 3% |
| Forschungsgruppe Wahlen | | | | | | | | | | | | |
| Frauen | 8,1% | 9% | 47,5% | 39% | 14,3% | 29% | 16,4% | 10% | 5,7% | 4% | 4,4% | 3% |
| Männer | 8,9% | 10% | 43,7% | 36% | 11,1% | 24% | 14,6% | 11% | 8,7% | 6% | 7,6% | 6% |
| Alter / Jahre | | | | | | | | | | | | |
| 16/18-29 | 12,7% | 14% | 37,1% | 27% | 15,7% | 31% | 13,2% | 7% | 5,1% | 6% | 5,4% | 3% |
| 30-44 | 8,7% | 10% | 41,4% | 30% | 17,4% | 32% | 13,9% | 10% | 7,6% | 5% | 5,7% | 5% |
| 45-59 | 9,2% | 8% | 47,7% | 40% | 13,8% | 25% | 13,6% | 12% | 6,2% | 5% | 6,7% | 6% |
| 60 u.ält. | 5,3% | 6% | 52,3% | 56% | 4,6% | 12% | 21,8% | 15% | 9,1% | 5% | 5,6% | 6% |

Die Grünen gewinnen in allen Altersgruppen hinzu, die Linke ebenfalls bis auf die 45-59jährigen. Die Grünen sind bei den unter 40/45 jährigen die – je jünger desto deutlicher – die stärkste politische Kraft. Die SPD verdankt Ihr relativ gutes Abschneiden vor allem auch dem deutlich gestiegenen Anteil bei den über 60jährigen Wählern. Hier dürften die Verluste von Union und FDP vor allem der SPD zugute gekommen ein.

Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen

Wahlverhalten nach formalem Bildungsabschluss

| | Linke | | SPD | | Grüne | | CDU | | FDP | | AfD | |
|-----------------|-------|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|------|------|
| | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 |
| Ergebnis | 8,5% | 9,1% | 45,6% | 39,0% | 12,3% | 24,2% | 15,9% | 11,2% | 7,4% | 5,0% | 6,1% | 5,3% |
| Hauptschule | 4,7% | 5% | 62,8% | 61% | 2,5% | 7% | 15,1% | 11% | 5,5% | 4% | 6,9% | 8% |
| Mittlere Reife | 7,3% | 7% | 50,6% | 46% | 6,2% | 16% | 18,4% | 13% | 6,1% | 4% | 7,5% | 8% |
| Hochschulreife | 10,4% | 11% | 42,6% | 34% | 13,9% | 27% | 13,9% | 10% | 6,5% | 5% | 6,8% | 5% |
| Hochschule, Uni | 9,9% | 10% | 36,7% | 32% | 20,1% | 33% | 15,1% | 11% | 9,7% | 6% | 4,0% | 3% |

Forschungsgruppe Wahlen

Die SPD bleibt unter Wahlberechtigten mit einem einfachen oder mittleren Bildungsabschluss die bei weitem stärkste Partei und verliert hier kaum, unter anderem auch deshalb, weil es hier einen

höheren Anteil älterer Wählerinnen und Wähler gibt. Die Grünen können auch in dieser Gruppe deutlich gewinnen, legen aber unter Abiturienten und Hochschulabsolventen nochmals stärker zu.

Wahlverhalten nach Beruf und Tätigkeit

| | LINKE | | SPD | | Grüne | | CDU | | FDP | | AfD | |
|--|-------|------|-------|------|-------|------|-------|------|-------|------|------|------|
| | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 | 2015 | 2020 |
| Ergebnis | 8,5% | 9% | 45,6% | 39% | 12,3% | 24% | 15,9% | 11% | 7,4% | 5,0% | 6,1% | 5% |
| Infratest dimap: Stimmenanteile nach Tätigkeit | | | | | | | | | | | | |
| Arbeiter | 13% | 11% | 50% | 40% | 9% | 16% | 9% | 8% | 3% | 3% | 11% | 14% |
| Angestellte | 8% | 9% | 45% | 36% | 14% | 29% | 14% | 10% | 7% | 5% | 6% | 5% |
| Beamte | 10% | | 47% | | 19% | | 11% | | 6% | | 4% | |
| Selbstständige | 9% | 9% | 33% | 27% | 19% | 26% | 17% | 18% | 14% | 10% | 4% | 6% |
| Rentner | 4% | 6% | 54% | 59% | 3% | 11% | 23% | 14% | 9% | 5% | 6% | 4% |
| Arbeitslose | 18% | | 42% | | 11% | | 11% | | 5% | | 7% | |
| FGW: Stimmenanteile nach Berufsgruppe | | | | | | | | | | | | |
| Arbeiter | 9,4% | 9% | 53,6% | 46% | 5,1% | 15% | 13,6% | 9% | 4,2% | 3% | 8,7% | 11% |
| Angestellte | 7,5% | 9% | 47,5% | 39% | 12,8% | 26% | 15,9% | 11% | 6,7% | 5% | 5,4% | 4% |
| Beamte | 8,8% | 8% | 44,4% | 43% | 16,7% | 26% | 16,5% | 11% | 5,8% | 4% | 5,9% | 5% |
| Selbstständige | 9,6% | 10% | 33,5% | 31% | 16,5% | 25% | 16,3% | 15% | 13,2% | 9% | 6,4% | 6% |

Das Wahlverhalten von (erwerbstätigen) Arbeitern und Selbstständigen verändert sich zu Gunsten der AfD, obwohl diese insgesamt Stimmen verliert. LINKE und SPD verlieren unter Arbeitern, die Grünen gewinnen auch hier deutlich, wenn auch unterdurchschnittlich hinzu und sind in Hamburg jetzt die zweitstärkste Partei unter Arbeitern.

Wahlentscheidenden Themen

Zu unterscheiden ist zwischen Vorgängen und Ereignissen, etwa den Ereignissen im Thüringer Landtag, die einen „Einfluss“ auf die Wahlentscheidung hatten, und politischen „Themen“, in der Regel Politikfeldern, die bei der Wahlentscheidung „die größte Rolle“ spielten.

Auf Bundesebene, von Politikern wie Journalisten, wurde am Wahlabend ausführlich darüber spekuliert, welche Rolle »Thüringen« bei der Wahlentscheidung der Hamburgerinnen und Hamburger gespielt haben könnte, insbesondere für das Ergebnis von CDU und FDP. Die »Vorgänge im Thüringer Landtag« hatten, sie ermittelte Infratest dimap vor und am Wahltag, für 8% der Befragten einen „sehr großen Einfluss“. Jörg Schönenborn verwies zurecht darauf, dass nur in diesem Fall („sehr großer Einfluss“ im Unterschied zu „großem“ Einfluss), von einem wahrscheinlichen Einfluss auf die Wahlentscheidung gesprochen werden könne. Im weiteren sagten dann 34% der AfD-Wähler, dass „Thüringen“ einen sehr großen Einfluss gehabt habe, 11% der Linke-Wähler, 7% bei den Grünen und 5% bei der SPD; bei der CDU sagten dies 3% der Wähler und bei der FDP 0%. Hierbei handelt sich um Angaben der Wähler, d.h. »Thüringen“ wäre hier der Grund für die Wahlentscheidung z.B. für die Partei DIE LINKE. Aufschlussreicher war der bereits am Vortag ermittelte Befund von Infratest, wonach für 20% derjenigen, die nicht mehr die FDP wählen wollten, „Thüringen“ einen sehr großen Einfluss hatte.

Wenig Beachtung in den Deutungen am Wahlabend spielte indes, dass die „Vorgänge um die Warburg-Bank“, hier vor allem der auch bundesweit beachtete Verzicht auf Rückforderungen im CumEx-Skandal durch das Hamburger Finanzamt, ebenfalls für 8% der Hamburger einen „sehr großen Einfluss“ auf Wahlentscheidung hatten (großen Einfluss: 14%, gar keinen Einfluss: 50%) (Infratest).

Die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) erfragt, was „die wichtigsten Probleme“ seien, die gelöst werden müssten (wobei zwei Nennungen möglich sind). Aus den Antworten wird dann geschlossen,

dass diese Sachfragen einen Einfluss auf die Wahlentscheidung gehabt haben könnten. Die FGW fand darüberhinaus, dass 71% die Politik in Hamburg wichtiger für ihre Wahlentscheidung fanden (2015: 76%) und 23% die Politik im Bund (2015: 21%). Diese leichte Verschiebung zu Gunsten der Bundespolitik könnte im Zusammenhang mit der gestiegenen Wahlbeteiligung auf eine Reaktion auf bundespolitische Entwicklungen deuten.

Vergleich: „Wichtigste Probleme“ – „größte Rolle“

| Vergleich: Befragung politische Themenfelder | | | |
|--|-----|---------------------------|-----|
| Infratest dimap | | Forschungsgruppe Wahlen | |
| „größte Rolle“ | | „wichtigste Probleme“ | |
| Verkehr/Infrastruktur | 16% | Verkehr | 62% |
| Wohnen/Mieten | 16% | Mieten/Wohnungsmarkt | 39% |
| Umwelt/Klima | 21% | Klima/Umwelt/Energiewende | 19% |
| Bildung | 16% | Schule/Bildung | 11% |
| Soziale Sicherheit | 16% | | |
| Zuwanderung | 5% | Ausländer/Flüchtlinge | 4% |

Quelle: Infratest/FGW, Wahlabend, 20:30

Etwa zwei Drittel der Befragten, so lassen sich die Ergebnisse lesen, halten den „Verkehr“ in Hamburg für das wichtigste Problem, aber nur für ein sechstel der Befragten ist es auch wahlentscheidend. Übereinstimmend wird von beiden Instituten die geringe Relevanz des AfD-Themas Flüchtlinge/Zuwanderung ermittelt.

Ansichten über Parteien¹

Die Wähler der Partei **DIE LINKE** gaben an, dass für ihre Wahlentscheidung die „größte Rolle“ spielten „Wohnen, Mieten“ (26%), „Soziale Sicherheit“ (26%) und „Umwelt, Klima“ (19%). In Sachen „bezahlbarer Wohnraum“ erlebte die Partei eine deutlich gewachsene Kompetenzzuschreibung um 7% auf 20%. Das die Vorstellungen der Linkspartei „unrealistisch“ seien und „sich nicht finanzieren lassen“, meinen 61% der Befragten. 51% finden, dass die Partei sich „am stärksten um sozialen Ausgleich bemüht“ und „in einer Stadt mit großen sozialen Unterschieden besonders wichtig ist“ (49%). 30% sagen, sie habe in der Bürgerschaft gute Arbeit gemacht.

86% der **SPD-Wähler** in Hamburg bescheinigten der Partei, „man weiß genau, wofür die SPD in Hamburg steht“. Das meinten auch 60% aller Befragten. Die gleiche Frage für die Bundespolitik brachte ein eher desaströses Ergebnis: nur 32% der SPD-Wähler in Hamburg und 23% aller Befragten stimmten der Aussage zu, dass man genau wisse, wofür die SPD im Bund steht. Gleichwohl ist das Vertrauen in die Kompetenzen auch der Hamburger SPD in verschiedenen Politikfeldern, wie teilweise bereits dargestellt, gegenüber 2015 gesunken. So etwas auch bei der Frage, welcher Partei „am ehesten zugetraut wird, die Wirtschaft voran zu bringen“: SPD 41% (-6% gegenüber 2015) und Grüne 7% (+6%). Bemerkenswert ist indes, dass die SPD deutlich vor der CDU liegt (25% / -7%) und diese auf eines ihrer zentralen Kompetenzfelder nochmals verliert.

Bei der Wahlentscheidung für die SPD spielten die „größte Rolle“: „Wohnen, Mieten“ (20%), „Soziale Sicherheit“ 20%, „Bildung“ (18%) sowie „Verkehr, Infrastruktur“ (17%). Die SPD büßte auf allen klassischen sozialdemokratischen Feldern Kompetenzwerte ein: „Soziale Gerechtigkeit“ (-4%), „Arbeitsplätze“ (-3%), Verkehrspolitik (-6%) und „Bezahlbarer Wohnraum“ (-12%) - trotz der Wohnungsbauten.

Für die Wahlentscheidung der **Grünen-Wähler** spielten die „größte Rolle“ die Themen Umwelt, Klima (59%), Bildung (12%) und Verkehr, Infrastruktur (10%). Von allen Befragten bekamen die Grünen als besondere Kompetenzen zugewiesen die Umwelt- und Klimapolitik (61% - +1% gegenüber

1 Alle Zahlenangaben in diesem Teil von Infratest dimap / ARD – www.tagesschau.de

2015), die Verkehrspolitik (26% / +12%) und die Familienpolitik (22% / +9%). Die Regierungsarbeit der Grünen schuf offensichtlich den Wunsch nach mehr: statt 54% fanden nun 72% der Befragten es gut, wenn die Grünen weiter an der Regierung beteiligt wären.

Die wichtigsten Ansichten bzw. Übereinstimmungen mit Positionen, die den Grünen zugeschrieben werden sind:

- der Einsatz für eine offene und tolerante Gesellschaft (80%), der konsequente Einsatz für die Umwelt (61%);

Die positiven Bewertungen überwiegen die negativen, zu denen zählen:

- den Autofahrern in der Stadt das Leben zu schwer zu machen (51%), sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze zu kümmern (49%) und „Politik für Leute, denen es gut geht“ zu machen (41%).

Für **CDU-Wähler** spielten bei der Wahlentscheidung die „größte Rolle“: „Verkehr, Infrastruktur“ (24%), „Soziale Sicherheit“ (18%) und Bildung (17%). Die Kompetenzwerte, die der CDU geschrieben werden, haben sich gegenüber 2015 auf alle Gebieten verschlechtert, auffällig bei „Wirtschaft“ (-7%), Verkehrspolitik (-4%) und Kriminalitätsbekämpfung (-3%). Nach dem Angela Merkel vom Parteivorsitz zurücktrat und das Ende ihrer Kanzlerschaft verkündet, ist sie nur noch für 42% (2015: 67%) das „wichtigste Argument“ für CDU-Wähler, die CDU zu wählen. Auffällig auch, dass 83% aller Befragten sagen: „Seit Angela Merkel den Parteivorsitz abgegeben hat, weiß man nicht mehr, wer das Sagen hat.“ und 70% meinen, dass die CDU „für eine moderne Großstadt wie Hamburg kein überzeugendes Angebot hat“.

Für die Wahlentscheidung der **AfD-Wähler** spielten die Themen „Zuwanderung“ (49%), „Soziale Sicherheit“ (13%) und „Bildung“ (11%) die größte Rolle. Die der Partei von allen Befragten zugeschriebenen Kompetenzen liegen in der „Kriminalitätsbekämpfung“ (7% / +3%), in der „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ (6% / +3%) und bei der „sozialen Gerechtigkeit“ (3% / +1%). Die höheren Kompetenzzuschreibungen gegenüber 2015 führten aber nicht zu besserem Wahlergebnis.

Eine deutliche Mehrheit aller Befragten (87%) findet weiterhin, dass sich die AfD „nicht genug von rechtsextremen Positionen“ abgrenzt (Infratest). Dass in der AfD rechtsextremes Gedankengut „weit verbreitet“ ist, meinen 87% der befragten Hamburgerinnen, unterdurchschnittlich ist diese Auffassung bei FDP-Anhängern (81%) und den AfD-Anhängern selbst (17%) vertreten.

Weiterhin finden deutlich mehr Befragte als Wähler der AfD auch in Hamburg es gut, dass die Partei „den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will“ (25%), dass sie „den Einfluss des Islam in Deutschland verringern will“ (21%) und dass „sie weiter in der Bürgerschaft vertreten ist“ (18%).

Während 73% aller Wähler ihre Wahlentscheidung aus „Überzeugung“ für eine Partei trafen und 22% aus „Enttäuschung“ über eine andere Partei, sagten von den AfD-Wähler 39%, sie hätten aus Überzeugung und 55%, sie hätten aus Enttäuschung über eine andere Partei die AfD gewählt.

Auch hier gilt wie für alle Befragungen: Man erhält die Antworten, die man erfragt. Auf die Frage, was „wichtig für meine Wahlentscheidung“ war, nannten 62% das „Programm“, 13% eine „langfristige Parteibindung“ und 11% den „Kandidaten“. Wenn die Wahl der AfD aus „Enttäuschung“ über eine andere Partei erfolgte, so folgte die Entscheidung für die AfD durchaus einer politischen Richtung und nicht bloßen „Protest“.

Übersicht wahlentscheidende Themen

| Wahlentscheidende Themen für die Wähler von | | | | | | |
|---|-------|-----|-------|-----|-----|-----|
| | LINKE | SPD | GRÜNE | CDU | FDP | AfD |
| Wohnen, Mieten | 26% | 20% | | | 15% | |
| Soziale Sicherheit | 26% | 20% | | 18% | | 13% |
| Umwelt, Klima | 19% | | 59% | | | |
| Verkehr, Infrastruktur | | 17% | 19% | 24% | 36% | |
| Wirtschaft | | | | | 13% | |
| Bildung | | 18% | 12% | 17% | 22% | 11% |
| Zuwanderung | | | | | | 49% |

InfraTest dimap

Die Zusammenstellung der wahlentscheidenden Themen zeigt, dass soziale Sicherheit ein zwischen links und rechts umkämpftes Feld ist. Wichtig für nahezu alle Parteianhänger war das Thema Bildung. Beim Verkehr zeigt sich der Konflikt um die Zukunft des Autoverkehrs und wie unterschiedliche Interessenlagen bei diesem Thema wirken. Eindeutige Polarisierungen gibt es beim Thema „Umwelt, Klima“ (Grüne) und „Zuwanderung“ (AfD).

Wählerwanderungen (vorläufige Zahlen)

| Nichtwähler (Netto) | | |
|---------------------|--------|------|
| LINKE | 8.000 | 10% |
| SPD | 27.000 | 34% |
| Grüne | 28.000 | 35% |
| CDU | 6.000 | 8% |
| FDP | 4.000 | 5% |
| AfD | 2.000 | 3% |
| Übrige | 5.000 | 6% |
| | 80.000 | 100% |

InfraTest, 21:00

Von der gestiegenen Wahlbeteiligung konnten vor allem die Grünen überdurchschnittlich profitieren. In der Nettowanderungsbilanz von und zu Parteien erreichten sie 35% der höheren Wahlbeteiligung. CDU und AfD und auch die SPD waren eher unterdurchschnittlich an der gestiegenen Wählerzahl beteiligt.

DIE LINKE gewinnt im Austausch mit der SPD 3.000 Stimmen und verliert gleichzeitig an die Grünen 4.000. Mit den anderen Parteien wird kein nennenswerter Austausch ermittelt.

Die SPD verliert massiv an die Grünen, an kleinere Parteien und wenig an die Linkspartei, gewinnt aber Stimmen von CDU, FDP und AfD.

Die Grünen gewinnen frühere Anhänger aller anderen Parteien, am stärksten von SPD und CDU.

| Austausch zwischen Parteien (netto) | | | | | | | |
|-------------------------------------|--------|---------|--------|---------|--------|--------|--------|
| | LINKE | SPD | Grüne | CDU | FDP | AfD | Übrige |
| LINKE | | -3.000 | 4.000 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| SPD | 3.000 | | 32.000 | -6.000 | -3.000 | -1.000 | 8.000 |
| Grüne | -4.000 | -32.000 | | -11.000 | -6.000 | -1.000 | -1.000 |
| CDU | 0 | 6.000 | 11.000 | | -3.000 | 1.000 | 1.000 |
| FDP | 0 | 3.000 | 6.000 | 3.000 | | 0 | 2.000 |
| AfD | 0 | 1.000 | 1.000 | -1.000 | 0 | | 1.000 |
| Übrige | 0 | -8.000 | 1.000 | -1.000 | -2.000 | -1.000 | |

InfraTest, 21:00

Die CDU verliert 17.000 Stimmen an rotgrün, auch die meisten Verluste der FDP weisen in diese Richtung.

Die wesentlichen Bewegungen gehen demnach:

- von den Nichtwählern zu allen Parteien, aber vor allem zu den Grünen

- innerhalb des linksdemokratischen Lagers zu den Grünen und in geringem Maße von der SPD zur Linkspartei;
- vom rechtsdemokratischen Lager CDU und FDP vor allem zu den Grünen, etwa halb so stark zur SPD.

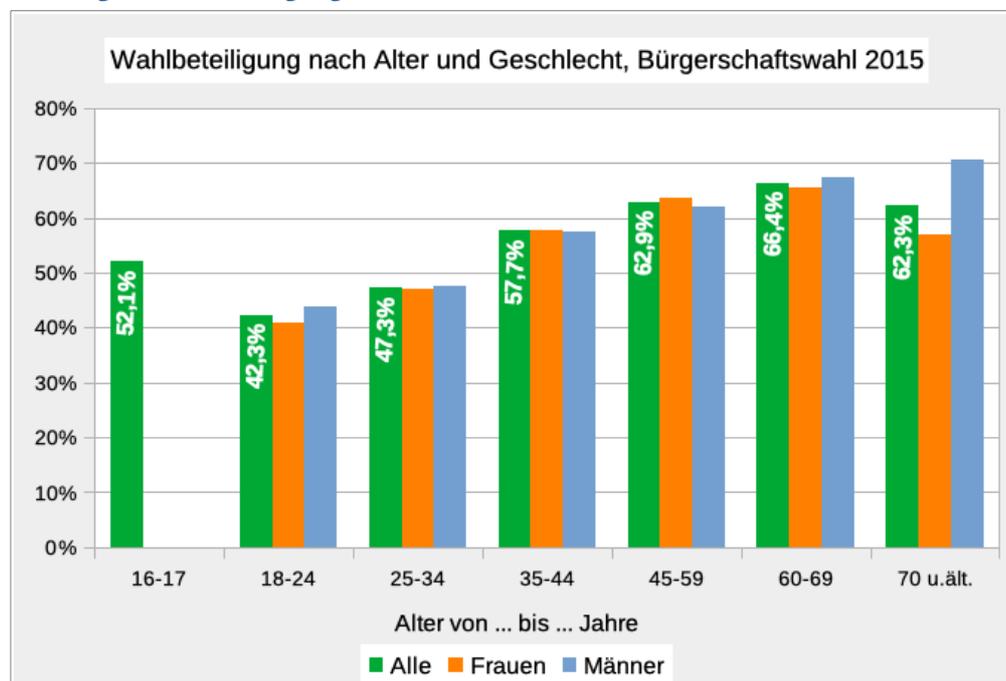
Anhang

Anhang Abbildung 1: Wahlberechtigte nach Alter (Stand 4.2.2020)

| Wahlberechtigte bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2020 in den Bezirken | | | | | | | |
|---|------------------|-------------------------------|------------|------------------|-------------|----------------|-------------|
| Bezirk | Insgesamt | Davon im Alter von ... Jahren | | | | | |
| | | 16 – 17 | in % | 18 – 69 | in % | 70 und mehr | in % |
| Hamburg-Mitte | 181 800 | 4 000 | 2,2 | 152 100 | 83,7 | 25 600 | 14,1 |
| Altona | 190 100 | 4 300 | 2,3 | 151 300 | 79,6 | 34 500 | 18,1 |
| Eimsbüttel | 195 300 | 3 400 | 1,7 | 156 100 | 79,9 | 35 800 | 18,3 |
| Hamburg-Nord | 234 200 | 3 300 | 1,4 | 195 500 | 83,5 | 35 300 | 15,1 |
| Wandsbek | 319 000 | 7 200 | 2,3 | 241 300 | 75,6 | 70 500 | 22,1 |
| Bergedorf | 92 500 | 2 300 | 2,5 | 72 800 | 78,7 | 17 400 | 18,8 |
| Harburg | 106 800 | 2 600 | 2,4 | 83 200 | 77,9 | 21 100 | 19,8 |
| Hamburg (gesamt) | 1 319 700 | 27 100 | 2,1 | 1 052 300 | 79,7 | 240 300 | 18,2 |

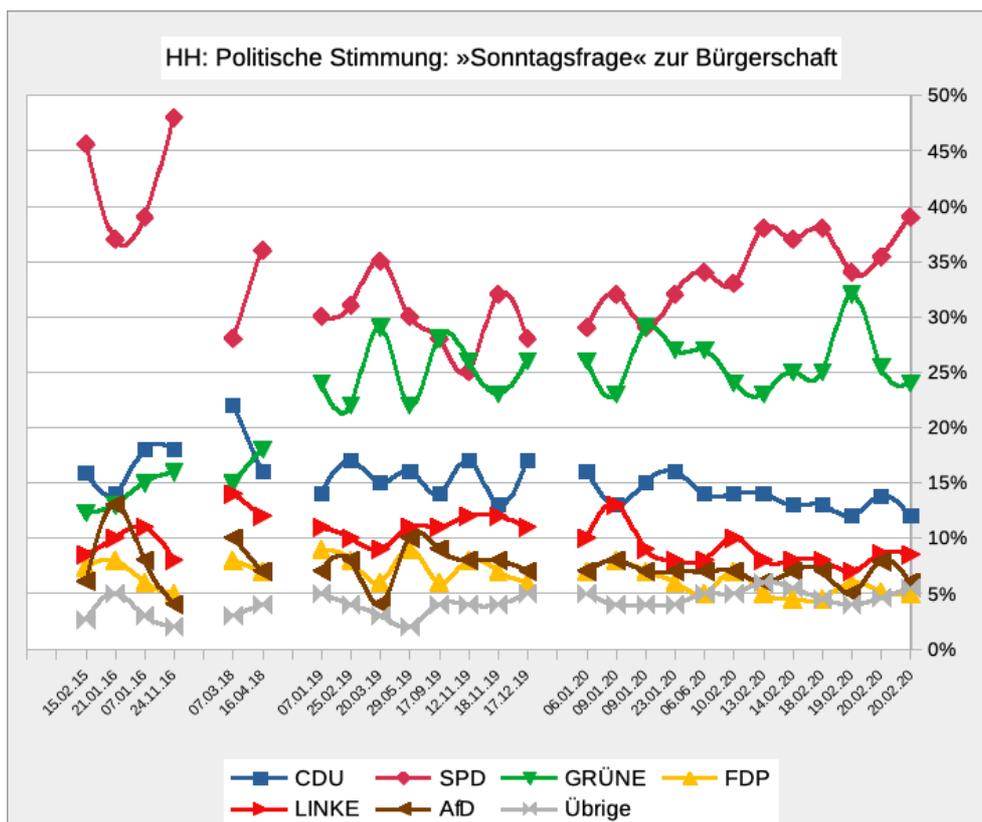
Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 4.2.2020

Anhang Abbildung 2: Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht 2015



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Repräsentative Wahlstatistik

Anhang Abbildung 3: Entwicklung der politischen Stimmung zur Bürgerschaftswahl 2015-2020



Anhang Abbildung 4: Koalitionsbewertungen vor dem Wahltag

